

## Ver.di zufrieden mit Streik der Erzieher

Haderthauer stimmt Eltern auf höhere Gebühren ein

München

Die Gewerkschaft ver.di zeigte sich zufrieden mit der neuerlichen Streikbeteiligung der Erzieher in Bayern. "Überall fanden die Proteste wie geplant statt", sagte die Leiterin des Fachbereichs Gemeinden im ver.di-Landesbezirk Bayern, Brigitte Zach. Rund 4000 bei der Landeshauptstadt München Beschäftigte demonstrierten zudem am Rande einer zentralen Mitarbeiterversammlung. "Das ist schon richtig viel, wenn 4000 Menschen allein in einer Stadt auf die Straße gehen", sagte Irene Gözl vom ver.di-Fachbereich Gesundheit und Sozialwesen. Sie verwies darauf, dass erstmals Mitarbeiter aus der Behindertenhilfe mit in den Ausstand getreten seien. Rund 300 Beschäftigte legten vor allem in Würzburg, Nürnberg, Regensburg und München die Arbeit nieder. Und die Gewerkschaften rüsten sich schon für neue Streiks: Fortgesetzt wird der Arbeitskampf, der am vergangenen Freitag begonnen hatten, am kommenden

Dienstag (26. Mai). Dann kommen die kommunalen Arbeitgeber zu einer Versammlung zusammen. Vor allem in den größeren Städten müssen Eltern dann wieder alternative Betreuungsmöglichkeiten organisieren. Streikschwerpunkte sollen dann München, Nürnberg, Erlangen, Fürth, Würzburg und Regensburg sein.

Wie schon am Dienstag werden auch die Mitarbeiter der sozialen Dienste zum Streik mitaufgerufen. Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer (CSU) zeigte Verständnis mit den Streikenden. "Es ist dringend erforderlich, dass die Kindererziehung eine höhere Anerkennung bekommt - nicht nur ideell, sondern auch materiell." Bei allen Beteiligten müsse die Einsicht dafür wachsen - auch bei den Eltern. "Ich hoffe nicht, dass es lange Gesichter gibt, wenn die Eltern dann über höhere Beiträge an einem Streikerfolg teilhaben." Auch Bayerns FDP-Generalsekretärin Miriam Grub sagte, sie verstehe den

Unmut der Erzieher. "Wenn der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 nur annähernd gelingen soll, sind bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher und Erzieherinnen eine Grundvoraussetzung." Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen, Renate Ackermann, betonte, die Zuständigkeit dafür liege bei Haderthauer. Derzeit würden "Leistungen verlangt, die nicht leistbar sind".

Der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern (KAV) ging am Dienstag von einer niedrigeren Zahl von Streikenden aus. Die Streiks seien ein "Schnellschuss", sagte Anette Dassau vom KAV. Es habe bislang keine Chance für die Arbeitgeber gegeben, die Verhandlungsmöglichkeiten überhaupt auszuschöpfen. Ver.di will mit den Arbeitsniederlegungen einen tarifvertraglich geregelten Gesundheitsschutz der bei Kommunen angestellten Erzieherinnen und Sozialarbeiter durchsetzen.